

Gemeinden werden autark

Revolution mit Energie

Ein Lebensmittelkonzern warb 1995 in Deutschland mit dem Slogan „Jede Revolution beginnt mit einem Auflauf“. Und die *taz* zitierte Rosa Luxemburg: „Die Revolution ist großartig. Alles andere ist Quark.“ Ist das neue Energiekonzept der Bundesregierung also eine Revolution? Oder findet die Revolution ganz woanders statt?

Von Uwe Dankert

Wenn konservative und freidemokratische Regierungsvertreter eine ihrer politischen Entscheidungen euphorisch als Revolution bezeichnen, wie das neue Energiekonzept der Bundesregierung verkauft wird, dann schauen nicht nur Berufsrevolutionäre genau hin, sondern auch im klassischen Sinne konservative Biogasbauern und Betreiber kommunaler Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Diese Entscheidung wird nämlich so umwälzend sein, dass die vergangenen Investitionen in regenerative Energiewandlungsanlagen sich schwer tun werden, wirtschaftlich zu bleiben, gar nicht zu reden von zukünftigen Investitionen, die jetzt vielerorts wirklich im Status der Zukünftigkeit verbleiben werden. Die Tür zu einer grundlegenden Umgestaltung der energetischen Versorgungsstruktur ist damit aber nicht weiter geöffnet worden, im Gegenteil.

Das Energiekonzept, das im Oktober vom Bundestag verabschiedet wurde, „schlägt drei Fliegen mit einer Klappe“, wie es unser Bundeswirtschaftsminister formulierte, wird aber drei wesentliche andere Auswirkungen haben.

Zum einen wird eine nationale oder gar europäische Energiewende aufgeschoben und bereits versteifte, in die Vergangenheit gerichtete Strukturen der Energiewirtschaft werden nochmals fester zementiert. Das kann man allein an dem Jubel der vier großen Energieversorgungsunternehmen (E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall) festmachen, die ihrerseits mehr als 80 Prozent der nationalen Stromerzeugungskapazitäten unter sich aufteilen. Auch die im Vorfeld der Veröffentlichung des Energiekonzeptes in vielen respektablen Medien geschalteten ganz-Einseitenanzeigen, in denen ausgemachte Energieexperten wie der derzeitige Manager der deutschen Fußball-Nationalmannschaft indirekt die oligopolistische Versteifung propagierten, vermittelten das zutreffende Bild der vorweggenommenen Einflussnahme.

Der mittelständisch strukturierten Energieversorgung, die mit dem Aufbau von hocheffizienten, aber teuren Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und mit regenerativen Energieerzeugern in das klassische Feld der großen Energieversorger eingedrungen sind (Hermann Scheer sei gedankt für seine Initiativen zu Zeiten der rotgrünen Regierungskoalition), wird das Leben nun so richtig schwer gemacht. Es wird spannend, unter welchen Zielgruppen sich zukünftig die FDP ihre Wähler wird suchen müssen.

Natürlich jubeln einige Mittelstandsverbandsfunktionäre, dass jetzt die Strompreise nicht mehr so stark steigen werden. Aber bei jährlich etwa drei Prozent der Gesamtkosten eines Unternehmens für Strom entspricht eine um 10 Prozent geringere Preissteigerung eben auch nur 0,3 Prozent der Gesamtkosten. Dafür einen GAU riskieren? Das wird sich herumsprechen. Hinzu kommt, dass auch bisher die Kernenergie nicht dazu beigetragen hat, Preisanstiege bei Strom nachhaltig zu vermeiden, die einen ähnlichen Kurvenverlauf einnahmen wie die Gewinnanstiege der großen Energieversorger. Das wäre dann die einzige Nachhaltigkeit der nuklearen Stromversorgung gewesen. Nicht mal das also.

Uwe Dankert, Physiker mit mehr als 25 Jahren Industrieerfahrung, leitet das Unternehmen udeee Consulting GmbH in Haar bei München (www.udeee-consulting.de).

Der zweite große Effekt wird die Wiederbelebung der Anti-Atomkraft-Bewegung der Siebziger und Achtziger des vergangenen Jahrhunderts sein. Erste kleine Eruptionen waren im September in Berlin mit 100 000 und im Oktober im sonnigen München mit 50 000 Teilnehmern zu erkennen. Bemerkenswert ist diesmal, dass Protest und Widerstand quer durch alle Gesellschaftsschichten gehen. Im Gegensatz zu entscheidenden Strömungen in der Bundesregierung schätzen viele Menschen, unabhängig von Bildungsstand, Alter oder Einkommen, das Risiko der nicht notwendigen Laufzeitverlängerungen höher ein als den Ärger über vielleicht kommende Strompreiserhöhungen bei früherer Abschaltung der nuklearen Grundlastkraftwerke, die rund um die Uhr laufen, auch wenn der Bedarf sehr niedrig ist. Viel entscheidender ist aber, vielleicht mehr im Gefühl als im Wissen der meisten, dass eine Energieversorgung in Deutschland, die zugleich nachhaltig, sicher und bezahlbar sein soll, viel schneller, als viele erwarten, mit Hilfe erneuerbarer Energien aufgebaut werden kann und wird. Diese Gefühle vermehren sich seit etwa zehn Jahren in Deutschland, und den Fühlenden sei versichert,

alle für den Umbau notwendigen Technologien und Konzepte sind vorhanden, es fehlen vielleicht nur die entscheidenden Köpfe in Berlin und anderswo. Wozu also Dinosaurier unnötig lange am Netz lassen?

Der dritte große Effekt wird die Freude in China sein, einem der letzten kommunistischen, aber planvoll wirtschaftlich agierenden Staaten dieser Welt, der sich gerade anschickt, nicht nur zum größten Kohlendioxid-Emittenten und Energieverbraucher zu werden, sondern auch zur stärksten Volkswirtschaft auf dem Globus. China wird im Gegensatz zu Europa und Deutschland von einer Regierung geleitet, die konkrete Masterpläne aufstellt und zielsicher mit dirigistischen Methoden auf chinesischer und mit marktwirtschaftlichen Taktiken auf internationaler Seite gegen Konkurrenten nicht ungeschickt durchsetzt.

Die Befürworter der Kernenergie schwärmen immer über die nuklearen Ausbaupläne der chinesischen Regierung. Wer weiß hierzulande aber schon, das fast vier von fünf solarthermischen Anlagen weltweit in China



auf Dächern montiert sind? Dass die Windenergiekapazitäten in Dimensionen ausgebaut werden, die die insgesamt in Deutschland installierten Anlagenkapazitäten alle zwei Jahre mehr als verdoppeln? Dass ähnlich massiv in den Ausbau photovoltaischer Anlagen investiert wird? Und dass China innerhalb der nächsten zehn Jahre bis zu 440 Milliarden Dollar in erneuerbare Energieprojekte zu stecken plant? Wehe, wenn sich China anschickt, auch noch über Energie-Effizienz nachzudenken. Hierzulande konzentrierte man sich zuletzt auf die Stützung der als systemrelevant definierten Banken, den geförderten Austausch gewisser Autobestände durch gar nicht besonders effiziente Neuwagen und auf Berichte über Probleme mit dem gewaltigen Drei-Schluchten-Staudamm. Natürlich drückt China (in westlichen Augen rücksichtslos) Widerstände beiseite und räumt dabei die eigene Bevölkerung wie internationale Wettbewerber aus dem Weg. Die Schwierigkeiten, die deutsche Hersteller von Windanlagen oder Solarmodulen aufgrund der geänderten Energiepolitik der Bundesregierung absehbar bekommen werden, laden chinesische Firmen geradezu ein, deren Plätze zu besetzen. Andere Branchen wie der Textilmaschinenbau können davon ein Lied singen. Vielleicht singt auch bald die Autoindustrie mit, die bei uns nicht das Monopol auf effiziente und schadstoffarme Fahrzeuge hat.

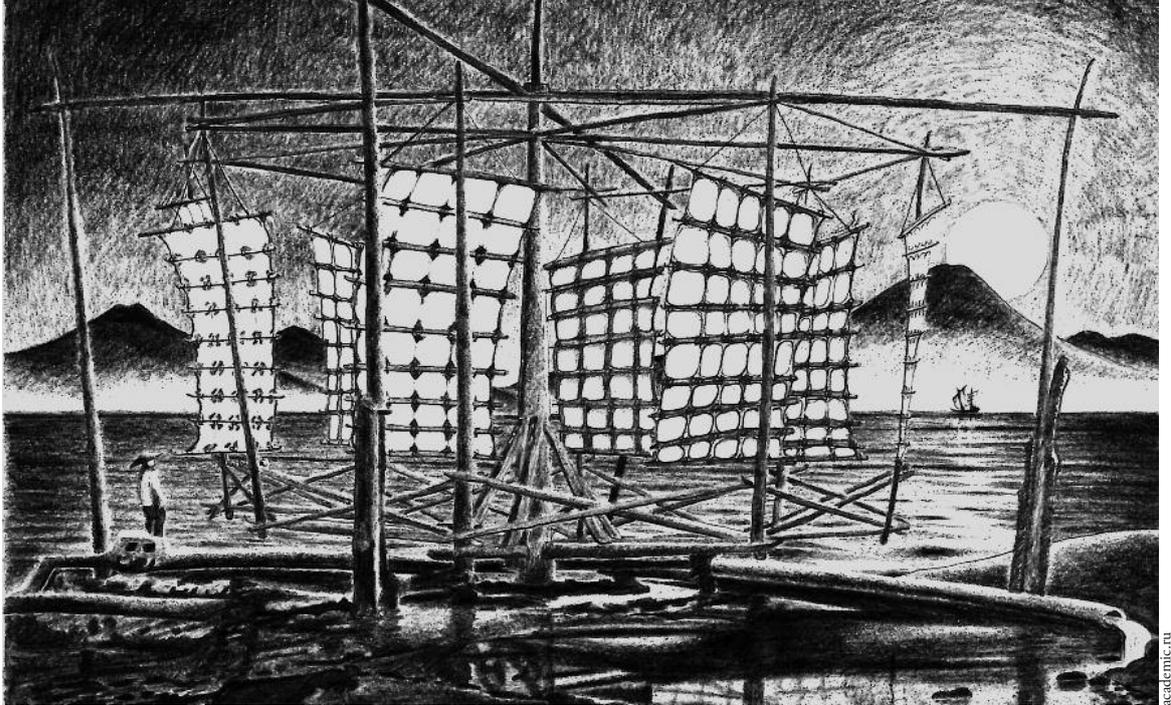
Lassen wir aber auch ein paar gute Haare am Energiekonzept der Regierung: Es erfasst weitgehend vollständig alle Felder, auf denen unsere Volkswirtschaft sich betätigen muss, um den Weg zu einer umweltschonenden, zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgung zu begehen. Das ist schon mal was, und wer sich in der Energiethematik nicht sehr gut auskennt, wird diese Zusammenstellung beeindruckt zur Kenntnis nehmen. Unter einem konkreten Masterplan versteht man allerdings etwas völlig anderes, denn die einzigen wirklich konkreten Aussagen sind Ziele (für 2020 und folgende Jahrzehnte bis 2050), die außerhalb des Fokus der augenblicklichen und der folgenden Legislaturperioden liegen, und die festgeschriebene Verlängerung von Restlaufzeiten. Der Rest des Konzepts ist eine Zusammenstellung vager Absichten und Notwendigkeiten, die in vielen

anderen offiziellen Regierungsdokumenten unter anderen Regierungen seit Rot-Grün auch schon formuliert wurden – mit Ausnahme der Elektromobilität vielleicht.

So bleibt abzuwarten, ob die Gegner der energiewirtschaftlichen Kernenergienutzung nicht nur über die Halbwertszeiten hoch- und mittlerradioaktiver Abfälle Bescheid wissen (die Bandbreite reicht von 10 Jahren bis 100 000 Jahre und mehr, je nach Isotop, am berüchtigsten ist wohl das überdies hochgiftige Plutonium 239 mit ca. 24 000 Jahren), sondern auch über die Halbwertszeit dieses Konzeptes. Für Nicht-Physiker: Halbwertszeit heißt, dass nach dieser Zeit eine Hälfte des ursprünglichen Materials nicht mehr strahlt, die andere aber schon noch.

Vielleicht wird das Konzept allerdings durch eine richtige Revolution beiseitegefegt, die schon vor fünf Jahren hätte starten können: Auf kommunaler und regionaler Ebene findet nämlich vielerorts schon längst der Umbruch in den drei zukunftsorientierten Ebenen Effizienz, Regenerativität und Dezentralität statt. Man bekommt den Eindruck, dass dieser Umbruch in der Bundeshauptstadt und den Landesresidenzen Bayerns und Baden-Württembergs, den Bundesländern, die die höchsten Nuklearstromanteile zu verzeichnen haben, sowie in manchen Vorstandsetagen noch gar nicht wahrgenommen wurde, auch wenn ihn das Umweltministerium in Berlin (BMU) mit Fördergeldern ganz entscheidend mitanschiebt. Und man sieht, dass dieser Umbruch von unten nicht erst auf zögerliche und vage Entscheidungen einer Bundes- oder gar Weltpolitik wartet, sondern bereits konkret beginnt und mutiger und schneller vorangeht.

Mitte 2010 haben nach Aussagen des BMU bereits mehr als 1000 Kommunen und Regionen in Deutschland Fördermittel für die Erstellung kommunaler oder regionaler Energie- und Klimaschutzkonzepte beantragt, immerhin fast zehn Prozent der 11 000 deutschen Kommunen. Nach Erhebungen der deENet GmbH, eines in 2007 gegründeten gemeinnützigen Unternehmens zur Förderung dezentraler Energietechnologien, haben sogar (Stand Oktober 2010) schon mehr als 50 Prozent aller Gemein-



Historisches Beispiel: Chinesische Windmühle zur Bewässerung von Feldern

den in Deutschland erste Schritte zur Energiewende unternommen. Gestartet wurde dazu eine Vielzahl von Initiativen wie Klimabündnis, Klimainitiative, European Energy Award, Bioenergiedörfer und -regionen, Bürgersolaranlagen und -windparks, Solardörfer (in Nordrhein-Westfalen) und mehr. Dieser bunte Blumenstrauß wirkt sehr heterogen und unkoordiniert. Beachtlicher ist aber seine Stärke und eine Stärke unseres föderalistischen Gesellschaftssystems. So können viele verschiedene Wege parallel und gleichzeitig ausprobiert werden, denn viele Wege führen nicht nur nach Rom, und das macht die ganze Sache fehlertoleranter als Großkraftwerke.

In den Energie- und Klimaschutzkonzepten, den wohl umfassendsten Initiativen zur „Umwälzung“, wird die transparente Basis für den derzeitigen Energieverbrauch bei Strom, Wärme und Verkehr erarbeitet und oft in Energiekarten dargestellt, damit klar wird, von wo aus man startet in der Energiewende. Mit dieser Struktur und den geschätzten lokalen „realen“ Potenzialen für Energie-Effizienz und erneuerbare Energien vor Ort können Konzepte entwickelt werden, die den kommunalen Entscheidungsgremien (Gemeinde-, Stadtrat) und der Verwaltung Ziele und Fahrpläne für die nächsten zwanzig Jahre vorschlagen, wie die Energiewende zu schaffen ist. Und die das Ganze auf den Weg bringen. Dabei ist die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung und der Unternehmen vor Ort, die ja direkt von einem kommunalen

Energiekonzept tangiert sind, ein wesentlicher Aspekt der geförderten Projekte. Die Einbeziehung der Bevölkerung in das nationale Energiekonzept dagegen fand nur durch die letzte Bundestagswahl statt. Das erklärt das Erschrecken nicht weniger der damaligen Wähler angesichts der getroffenen Energiekonzeptentscheidung. Immerhin war die beabsichtigte Laufzeitverlängerung eines der hart diskutierten Themen im letzten Bundestagswahlkampf. Der Verlängerung haben übrigens nur knapp dreißig Prozent der Wahlberechtigten durch ihre Stimmabgabe für CDU/CSU oder FDP zugestimmt.

Fast immer ist lokal das Ziel, die Energiewende vor Ort nicht erst 2050 zu erreichen, sondern schon 2035 oder früher. Alle Landkreise im Umfeld von München zum Beispiel und auch die Stadt München selbst haben eigene Ziele festgelegt und Schritte unternommen, in der Energiewende voranzukommen. Die bayerische Landeshauptstadt möchte bis 2015 alle Münchner Privathaushalte mit regenerativ erzeugtem Strom versorgen, den die stadteigenen Stadtwerke in eigenen Anlagen erzeugen, und bis 2025 die komplette Stadt. Nicht also erst in 2050 zu 80 Prozent (wie im dem Energiekonzept der Bundesregierung). Ziele übrigens, die immer noch nicht allen Münchnern bekannt sind, auch nicht in der Bildungselite – Kommunikationsprobleme gibt es offensichtlich nicht nur bei Stuttgart 21. Aber vielleicht ist das Interesse für lokale Aktivitäten in größeren Städten schwieriger zu wecken.

Eine Energiewende, die nicht nur die fossile und nukleare Energieproduktion beseitigt, d.h.

eine mit störenden Abfallmengen Umwelt und Nachwelt belastende Technik, sondern auch dezentrale Strukturen über unser Land streut, also sowohl technisch wie strukturell Brüche in unser System injiziert, ist ein komplexes Unterfangen und damit schwierig. Aber schwierig ist nicht gleichbedeutend mit unmöglich. An vielen Stellen kann man beginnen und beginnt man – z.B. Bioenergiedörfer in Jühnde/Niedersachsen, Freiamt/Baden-Württemberg, und anderswo; die Mohrbacher Energielandschaft in Rheinland-Pfalz; die Regenerative Modellregion Harz; die Energiewende Oberland in Wolfartshausen und Bad Tölz/Bayern; das sehr umfassende E5-Programm in Oberösterreich; Energiestadt Schweiz. Oftmals sicher nach der Methode Versuch und Irrtum. Aber die zu verwendenden Technologien sind schon ziemlich reif, Kinderkrankheiten weitgehend ausgemerzt, die Wirtschaftlichkeitsschwelle ohne Förderungen oftmals schon übertroffen. Und wir wollen uns lieber nicht ausmalen, was Versuch und Irrtum bei einer kerntechnischen Großanlage (siehe Tschernobyl) alles auslösen kann. Von den strahlenden Pilzen zehren wir in bayerischen Wäldern heute noch (das damals in großen Mengen ausgestoßene und über weite europäische Regionen verstreute Isotop Cäsium-137 hat eine Halbwertszeit von 30 Jahren).

Viele dieser Bewegungen hat ein Anstoß engagierter Bürger ausgelöst, die das Thema einer nachhaltigen lokalen Energieversorgung Anfang des Jahrtausends in die etablierten kommunalen Entscheidungsstrukturen getragen haben. Aber das Thema findet prinzipiell und konzeptionell weithin Zustimmung in der Bevölkerung, weil steigende Energiepreise und die zu befürchtenden Klimaveränderungen vor keiner Haustür haltmachen werden. Wer war nicht erschrocken, als er die Ölschwaden im Golf von Mexiko im Fernsehen sah. Auch ein halbes Jahr nach diesem „Öl-Tschernobyl“, wie es die *Zeit* nannte, sind immer noch mehr als 16 000 Menschen damit beschäftigt, die Auswirkungen der Verschmutzung zu beseitigen: die Folgen unseres fossilen Energiehungers.

Diese Erkenntnisse und das unterschwellige Gefühl, dass von Regierungsseite in

Bund, Ländern und EU mehr die Interessen von Großlobbyisten vertreten werden und dadurch die Gesellschaft auf der Stelle tritt, treibt viele in das lokale Engagement. Und dadurch bewegt sich die Gesellschaft nun wirklich, und es ist mehr als nur ein „Denen da oben zeigen wir’s“. Jede Revolution beginnt mit einem Aufbruch.

Auf die Straße gehen Apologeten der kommunalen Energiewende aber eher selten, höchstens an einem der (allerdings nicht sehr stark besuchten) jährlichen Energietage wie im Landkreis München im September dieses Jahres oder jüngst zur Anti-Laufzeitverlängerungsdemonstration in der Münchner Innenstadt. Dennoch ist das Engagement hoch und paart sich zusätzlich oft mit hoher fachlicher Kompetenz, was natürlich an etablierte „traditionelle“ Gemeinderäte durchaus Herausforderungen stellt. Denn auch lokal bleibt die Energiewende komplex, so dass man sich auf die fundierten Meinungen von Experten, auch Gemeinde-Externen, verlassen muss.

Insgesamt lässt die Tatsache doch hoffen, dass Deutschland energetisch schon viel weiter ist als gedacht und alles viel schneller vorangehen wird, als die zähen Diskussionen des letzten Jahres über Stromrestmengen und Laufzeitverlängerungen erwarten lassen. Diese Aspekte des Energiekonzeptes zumal sind marginaler Natur, weil der Einfluss der nuklearen Stromerzeugung auf die Gesamtenergieversorgung der Bundesrepublik oder gar der Welt niemals klimarettend sein wird. Und preislich müsste man einmal alle Subventionen und Schadens- und Risikokosten für alle Energieträger (Kohle, Öl, Gas, Uran, Sonne, Wind, Wasser, Biomasse) zusammenrechnen und vergleichen, um wirklich sagen zu können, was unser Leben und das unserer Kinder und Enkel mehr belastet. Das tun im Moment nur die „Falschen“, wie Greenpeace in Hamburg oder das Öko-Institut in Darmstadt/Freiburg.

Kommunale Energiekonzepte sind zwar auch erst mal nur Konzepte, wie das der Regierung, aber diese werden schließlich gemacht mit dem Streben nach baldiger Verwirklichung – und natürlich auch Selbstverwirklichung der Initiatoren, ein nicht zu verachtendes und zu unterschätzendes Motiv für die Initiativen. Die Zielpeilungen für einen 100-Prozent-Umstieg en-

den daher oft schon innerhalb der nächsten zwanzig bis fünfundzwanzig Jahre, und ein sehr konkreter Maßnahmenplan unterfüttert die geklärte Vision mit einem Umsetzungsprogramm für die nächsten fünf Jahre. Viele können also die lokale Umsetzung in ihrer Gemeinde noch selbst miterleben und mitgestalten, was nochmals motivierend ist: eine selbst beeinflussbare Umgestaltung der lokalen Gesellschaft mit Auswirkungen auf die Gesellschaft des ganzen Landes.

Los geht's, mag man da schnell rufen, lass die da oben doch diskutieren, wir machen's. Aber so leicht ist es dann leider oft doch nicht im Detail: Effizienz lässt sich nicht per Gemeinderatsbeschluss verordnen, Mietpreise sind real, dagegen potenzielle Einsparungen durch Sanierungen eben zuerst nur potenziell, Freiflächsolaranlagen stechen ins Auge, vor allem für „Vorbeifahrtbetroffene“, wie das mal jemand bei einer Diskussion über die erste Freiflächenanlage im Landkreis München in Haar befürchtete. Und bei Windkraftanlagen scheiden sich sofort die Geister und spalten sich die Wahrnehmungen auf. Genauso wie bei Strommasten, die Windstrom von Norden/Osten nach Westen und Süden der Republik transportieren sollen. Geländewagen mit einem Verbrauch von über 15 Litern auf hundert Kilometer stören da weniger, solange die Tankstelle genügend Treibstoff nachliefert und man selbst am Steuer sitzt. Und Kernreaktoren stehen bei irgendeinem Nachbarn vorm Garten, nur nicht bei uns.

Auch ist der Widerspruch zwischen der Antipathie großer Bevölkerungsteile (60 Prozent) gegenüber der nuklearen Energienutzung und der geringen Kundenzahl von reinen Ökostromanbietern (2,5 Prozent) auffallend. Menschen sind offenbar doch manchmal ein wenig irrational oder wenig konsequent. Man kann sicher geteilter Meinung sein über die Bedeutung von Ökostromanbietern wie Lichtblick, Greenpeace Energy, Naturstrom und den Elektrizitätswerken Schönau im Hinblick auf die Umstellung der Energieversorgung unserer Volkswirtschaft auf erneuerbare Energieträger; aber der Hebel eines Stromanbieterwechsels wirkt in jedem Fall strukturverändernd, weil den etablierten Anbietern die lukrativen Haushaltskunden abgehen – allerdings auch den kommunalen

Gemeindewerken, was lokale Energiewenden wieder etwas schwieriger werden lässt, aber auch auch den lokalen Druck auf kommunale Geschäftsführer erhöht, sich selbst zu bewegen.

Aber es wird wenigstens diskutiert und Konsens gesucht und begonnen. Letztlich ist das gute Gefühl, lokal autarker zu werden (Zitat eines CSU-Gemeinderates im Landkreis München: „Die Leute sollen sehen, wo die Energie erzeugt wird, die sie verbrauchen.“), für viele lokale Betriebe und Einwohner Antrieb genug, sich zu der lokalen Energiewende zu bekennen. Gleichzeitig stärkt das den Willen, aktiv für eine saubere Umwelt einzustehen, so dass man sich nicht nur im Elternbeirat von Kindergarten oder Schule engagieren kann. Auch eigene Wohnheiten werden von durchaus wohlhabenden Menschen in Frage gestellt, auch wenn man sie liebgeonnen hat in den Jahren der Prosperität. Nachhaltigkeit ist immer mehr in, wird langsam en vogue.

Ach ja, und das interessiert jetzt vor allem die lokalen Unternehmen und Handwerker (und ganz sicher auch die Kassenwarte der Gemeinden) und könnte letztlich ausschlaggebend sein: Eine kommunale Energiewende zieht die in den letzten hundert Jahren verlorengegangene Wertschöpfung aus Sibirien (Gas), Arabien (Öl) und Kasachstan (Uran) und von den Kapitaleignern der großen Energieversorgungsunternehmen wieder zurück in den nahen Lebensbereich, so wie es im 19. Jahrhundert noch üblich war, als unsere Energieversorgung ohne zentrale Großkraftwerke auskam und Wärme mittels Verbrennung von Holz (was sehr differenziert betrachtet werden muss) erzeugt wurde. Kohle, Öl und Uran waren damals noch kein Thema, wie in der 2008 erschienenen Studie *Technik in Deutschland* von Joachim Radkau nachzulesen ist. Und dieser Trend zurück bedeutet nicht ins Leben des vergangenen Jahrhunderts zurück. Effizienz ist High Technology in allen Bereichen, kleine regenerative Energiewandlungsanlagen wie ein Stirling-Motor oder eine Brennstoffzelle, die mit Biogas betrieben werden, das Innovativste im Energieumfeld. Von wegen Innovationsfeindlichkeit unserer Gesellschaft – in solchen Argumentationslinien wird Innovation eher als ein Synonym für Großtechnik verwendet.

Es sind also viele gesellschaftliche Gruppen daran interessiert, lokal mehr für die eigene Energieversorgung und damit für die Daseinsfürsorge zu tun, und das ganz ohne fossile oder nukleare Risikoenergieträger im Versorgungsportfolio. Da wird Bürgerlichkeit in dem Sinne wieder spürbar, wie es zuletzt Dirk Kurbjuweit im *Spiegel* formuliert hat: „Verantwortlichkeit, nicht nur das Eigene und das Jetzt im Blick zu haben, sondern auch das Allgemeine und das Morgen“. Und so ermutigt es umso mehr, wenn sogar kommunale Vertreter der CSU im bayerischen Landshut den Weiterbetrieb der dortigen nuklearen Anlagen (Kernkraftwerk Isar 1 und 2) ablehnen. Die Graswurzeln spüren, was sich im Boden bewegt.

Aber halt, zehn Prozent der Kommunen sind erst mal auch nur zehn Prozent. Hier tun sich zwar Chancen für Beratungsbüros auf, um mehr zu erzeugen und mehr zu erreichen, aber die 90-Prozent-Lücke bleibt zu schließen. Und das wichtigste Thema der künftigen Energieversorgung hat überhaupt keine starke Lobby. Energie-Effizienz – da kann man keine großen Fabrikhallen aufstellen, mit denen sich ein Bürgermeister für seine vorausschauende Gewerbe-Ansiedlungspolitik schmücken kann, es gibt auch keine „Killer-Applikation“, die überall einsetzbar ist und den Energiebedarf generell um 40 Prozent senkt. Jede Anwendung ist im Detail zu studieren, um entscheiden zu können, welche effizienteren Basisanwendungen und Maschinen zum Einsatz kommen können. Das ist erst recht komplex und geht über die reinen Gebäudesanierungen weit hinaus, über die zuletzt im Energiekonzept der Regierung gestritten wurde.

In der Presse war fast nie zu lesen, dass das wesentliche Energieziel der Bundesregierung für 2050 lautet: 50 Prozent weniger Primärenergieverbrauch als 2008! Auch dieses Ziel wurde im Energiekonzept der Bundesregierung bestätigt und ist jetzt auch offizielle Politik. In den letzten zehn Jahren blieb der primärenergetische Verbrauch trotz Wirtschaftswachstum in unserem Land fast konstant, was an sich schon mal gut ist, aber wie soll er halbiert werden? Auch der Stromverbrauch soll absolut bis 2020 um 10

Prozent sinken und bis 2050 um weitere 15 Prozent, aber für viele von uns ist der jährliche Stromverbrauch im Haushalt (und in der Firma) ein Geheimnis der letzten Abrechnung.

Wer also treibt Effizienzsteigerungen, schreibt Konzepte, streitet über Nachhaltigkeit, beweist die wirtschaftliche Nutzung von überall existierenden Potenzialen, setzt politische Effizienz-Umsetzungsprogramme auf?

Auch hier gibt es viele Initiativen – z.B. die Initiative Energie-Effizienz in Richtung Privathaushalte, Gewerbe und Industrie. Das Echo bleibt bislang gering. Dabei sind heute bereits in vielen Segmenten bei Strom- und Wärmeanwendungen Effizienzgewinne von bis zu vier Fünfteln ohne Komfortverlust kein Problem. Aber diese technischen Anwendungen werden noch viel zu selten eingesetzt. Jeder müsste bei sich anfangen und wartet doch auf den anderen. Auch in manchen kommunalen Bewegungen schmückt man sich lieber mit Biogasanlagen und Photovoltaik-Modulen auf den Feuerwehrhäusern, weil sie erfahrbarer und mitteilbarer erscheinen als eine 20-prozentige Stromverbrauchsreduzierung in Grundschule und Gymnasium.

Effizienz also – das muss verstärkt werden, das wäre die richtige Revolution und würde die „vergessene Säule der Energiepolitik“, wie eine Studie des Wuppertal-Instituts aus dem Jahr 2002 titulierte war, aus dem Dornröschenschlaf wecken. Andere haben damit schon zart begonnen: Front-Runner-Programm in Japan, KlimaPlus-Häuser in Österreich. Hierzulande nennt sich Gutes leider nur „passiv“.

Gehen wir also los und machen wir unsere Energiewende selbst. Jeder kann seinen persönlichen Stromverbrauch leicht um bis zu einem Drittel reduzieren, dabei 200 Euro jährlich einsparen und die Zusatzbelastung durch den Ausbau erneuerbarer Energien wegstecken. Das setzt auch sofort die Restlaufzeit der vier Kernreaktoren Biblis A, Biblis B, Isar 1 und Brunsbüttel auf null. Das Gleiche ist am Arbeitsplatz möglich (wenigstens vier weitere unnötige Reaktoren). Für den Wärmebedarf lässt sich Ähnliches sagen. Das wären dann der von unten durchgedrückte Ausstieg und der Einstieg in die Zukunft, die eigentliche Energiewende und die Revolution. 